Tägliche Rundschau

25./IV. 1919

25

148

Der Bürgerrat über die Ernährungsfrage.

Das Reichsernährungsministerium hat auf den Antrag des Bürgerrats von Groß-Berlin, die Einfuhr von fabrizierten und Zusatznahrungsmitteln aus dem Auslande für den Handel freizugeben und ihre Rationierung im Inlande aufzuheben, den Bescheid erteilt, daß es eine solche Maßnahme nicht befürworten könne, weil dann eine „gleichmäßige und gerechte Verteilung nicht gewährleistet sei". In einer Besprechung, die gestern zwischen dem Vorstand des Bürgerrats von Groß-Berlin und den Vorsitzenden der Bürgerräte der Groß-Berliner Gemeinden stattgefunden hat, wurde daraufhin nach eingehender Aussprache über die Bekämpfung der Arbeitsunlust und des Hungers einstimmig beschlossen, erneute folgende dringliche Vorstellung telegraphisch an die Reichsregierung und das Reichsernährungsministerium zu richten:

Eine gleichmäßige und gerechte Verteilung der im Inlande zur Verfügung stehenden Lebensmittel sichert die Ernährung der Bevölkerung nicht ausreichend. Wir stellen damit eine Tatsache fest, an der in keinem Teile des Volkes irgendein Zweifel besteht. Wir stellen weiter fest, daß ohne den Schleichhandel zu den von diesem festgesetzten Wucherpreisen eine ausreichende Ernährung keines Menschen in Deutschland zurzeit gesichert ist. Die Freigabe der Rationierung für fabrizierte und Zusatznahrungsmittel, die wir wiederholt verlangt haben, und die Wiedereinsetzung des freien Handels für diese Artikel, wird durch die weitverzweigte Distribution diese Artikel im Inlande allen Bevölkerungsklassen zugängig machen und zwar ganz zweifellos zu Preisen, die wesentlich niedriger sein werden, als die des heutigen Schleichhandels. Darüber hinaus aber wird die Wiedereinsetzung des freien Handels auch den Import von Rohstoffen und den Export von Fabrikaten begünstigen und fördern und dadurch indirekt auch unserer Valuta zugute kommen. Nur dann, wenn im Auslande wieder Nachfrage nach deutschen Zahlungsmitteln ist, kann mit einem Steigen unserer Valuta gerechnet werden. Unser Unternehmertum hat heute noch Kredit im Auslande. Läßt die Regierung aber die jetzigen Verhältnisse weiterhin bestehen, und läßt sie das durch Hunger aufgepeitschte Volk weiterhin revoltieren, ohne diesen Hunger auf dem von uns vorgeschlagenen Wege zu beseitigen — und dieser Weg ist gangbar —, so ladet sie damit eine Verantwortung auf sich, die sie nicht ertragen kann. — Wir halten es für unsere Pflicht, dies vor aller Oeffentlichkeit und gegen etwaige anderweitige Darlegungen der interessierten Kriegsgesellschaften vor dem gesamten Volke festzustellen.